

Götze, Alfred

Die Außengebiete der deutschen Sprache (1930)

Einleitung

Zu Götze ausführlich s. Simon, Gerd: „Alfred Götze und die Forschungen zum Namen ‚Hitler‘“ sowie <http://homepages.uni-tuebingen.de/gerd.simon/ChrGoetzeAlfred.pdf>....

Götze knüpft hier z.T. wörtlich an einer einleitenden Passage des Artikels „Deutscher Krieg und deutsche Sprache“ (<http://homepages.uni-tuebingen.de/gerd.simon/GoetzeKrieg.pdf>) an, eines Artikels, den er im Übrigen 1940 – mit einer neuen Einleitung – nahezu wörtlich wieder abdruckt. Darüber hinaus beschreibt er hier die Situation der Auslandsdeutschen und der Deutschen Sprache vorwiegend außerhalb der Grenzen der Weimarer Republik, wie sie in der nichtlinken insbesondere auch akademischen Öffentlichkeit der Zeit Ende der 20er Jahre verbreitet gesehen wurde. Auffällig ist der ständige Rekurs auf Zeitungsartikel. Spuren von Quellenkritik sind nicht erkennbar. Der Nationalismus fremder Völker wird gelegentlich nicht gerade als positiv verzeichnet. Die eigene Sicht aus extrem deutschnationalistischer Perspektive wird demgegenüber als Selbstverständlichkeit behandelt. Hier haben wir es also nicht nur mit einem sprachpolitik-geschichtlichen Dokument ersten Ranges zu tun, sondern auch mit einem Zeitdokument, das wie wenige verrät, warum so viele Akademiker später in die Fänge der Nationalsozialisten gerieten. Götze trat erst 1937 der NSDAP bei. Aber schon 1933 war er Mitglied des NS-Lehrerbunds. Allein der Umstand, dass er keine Bedenken hatte, über einen Artikel hinaus, der schon die Ergebnisse in Kurzfassung enthielt, eine ausführliche Studie zum Namen ‚Hitler‘ zu publizieren, die allerdings durch Hitler selbst unterbunden wurde, zeigt, wie sehr er das 3. Reich begrüßte. Dass Hitler persönlich gegen diesen Artikel einschritt, stieß bei ihm auf Verständnis und dürfte seine Sicht der Dinge kaum getrübt haben. Der hier wiedergegebene Artikel enthält nur wenige Bemerkungen, die sich von NS-Positionen unterscheiden. Dazu rechne ich z.B. den Satz: „Der Traum von der Weltherrschaft des deutschen Geistes ist ausgeträumt.“ Es spricht einiges dafür, dass Götze diese Bemerkung ab 1933 schnell revidierte.

Tübingen, Januar 2007

Gerd Simon¹

¹ Für die Mitwirkung an dieser Neuedition danke ich Ulrich Schermaul.

Die Außengebiete der deutschen Sprache.

Von Alfred Göbe.

Wenn sonst von den Sorgen der deutschen Sprache die Rede ist, gilt es in der Regel den inneren Bedingungen ihres Wesens, ihrer Geschichte, ihrer Reinheit, ihrer Bewahrung vor Ungeschmack und sprachlicher Zuchtlosigkeit. Diese Fragen sind wichtig genug und durchaus wert, den Gegenstand vaterländischer Sorgen zu bilden, wie sie es auch künftig wieder tun werden. Aber sie müssen vorübergehend zurücktreten in der Zeit, da Grenzen und Geltungsbereich der deutschen Sprache selbst bedroht sind, da von Ost, West und Süd die Gegner andringen und Deutsch oder Welsch! Deutsch oder Slawisch! zum Kampfruf geworden ist. Da richtet sich der Blick von selbst auf die bedrohten Grenzen unseres Deutschtums, wir überschlagen die Größe der Gefahren, die unserer Sprache von außen her drohen, messen an den Erfahrungen unserer Sprachgeschichte ab, wie weit Gewalt auf diesem Gebiet Erfolg erwarten kann, und prüfen die Mittel, die zur Abwehr noch schlimmerer Verluste bleiben.

Von der Höhe stolzer Erfolge und der daran geknüpften Hoffnungen ist unser deutsches Sprachleben hinabgesunken in Leid und Gefährdung. Im Weltkrieg haben nicht nur Deutsche gegen Franzosen, Engländer, Italiener, Russen, Serben und Rumänen gekämpft, auch Deutsch stand da im Kampf gegen Französisch und Englisch, Italienisch und Slawisch. Ja, es schien siegreich zu sein. Von Dünkirchen bis Warschau, von Riga bis Bukarest wurde vier Jahre lang deutsch gesprochen. Die Grenzbestimmungen unseres Vaterlandskieds waren zu eng geworden: nicht von der Maas bis an die Mentel reichte das im Feld unbeflegte Deutschland, sondern von der Marne bis an das Schwarze Meer. Fest und treu wie je stand die deutsche Wacht, aber nicht am Rhein (wie unsere Tapferen mit stolzer Bescheidung sangen), sondern am englischen Kanal und am Libanon. Eine Ausdehnung des Deutschtums hatte stattgefunden, wie sie Europa seit den Tagen der Völkerwanderung nicht gesehen hatte, und sie schloß sprachliche Tatsachen ein von weltwender Bedeutung: die Einigung von ganz Mitteleuropa unter den ehernen Klängen der deutschen Zunge. Das Land von Flandern hatte Anlaß, sich auf sein altes Germanentum zu besinnen. Die deutschen Namen belgischer Städte, vorher fast vergessen unter der wallonischen Übermalung, waren neu zu Ehren gekommen: wir sprachen wieder, wie die Jahrhunderte vor uns, von Doornik

und Kortrijk, Löwen und Lüttich, Mecheln und Antwerpen. Staunend hatten unsere Feldgrauen wahrgenommen, wie leicht sie sich auf Grund ihrer Mundart mit den niederfränkischen Volksgenossen verständigen konnten. Das Schlezien nach englischer und französischer Bildung als etwas Überlegenem hatte einem besonnenen, seiner Würde bewußten Deutschtum Platz gemacht. Die Deutschen erfuhren, daß sie auch darin viel stärker waren, als sie gewußt hatten. Auch sprachlich war es ein Geschenk des Krieges, daß er uns die eigene Stärke herrlich offenbarte. Das deutsche Wort war durch ihn viel kraftvoller und bewußter, wuchtiger und freier geworden.

Von lichten Gipfelhöhen haben Waffenstillstand, Friedensschluß und Kriegsfolgen auch unsere Sprache in eine tiefere, umwölkte Gegenwart gestürzt. Jeder Tag, der seit dem November 1918 ins Land gegangen ist, hat der deutschen Sprache und ihrem Gebiet ernststen Schaden getan, tiefe Sorge um ihr weiteres Schicksal zur vaterländischen Pflicht gemacht. Zu keiner Zeit, auch in den vergangenen Tagen der Kraft nicht, hat das Deutsche Reich alle Menschen deutscher Zunge umfaßt. Seit dem westfälischen Frieden waren die deutsche Schweiz und die Niederlande vom Reichskörper losgeschnitten. Ludwig XIV. hatte Elsaß und Lothringen losgerissen. Luxemburg, der einzige Staat der Welt, der ganz auf dem Boden einer deutschen Mundart (der moselfränkischen) errichtet ist, wurde vom französischen Sprachleben umspült und umworben. Seit 1806 und endgültig 1866 war die Trennung von Österreich vollzogen. Seither taten die Tschechen in Böhmen, die Madjaren in Ungarn, die Südslawen in Kärnten und Steiermark, die Italiener in Südtirol dem dortigen Deutschtum jeden möglichen Abbruch. In den Ostseeprovinzen bestritten die Russen den geschichtlichen Herren des Landes ihr sprachliches Leben, ja das Leben überhaupt. Draußen in der Welt gingen Jahr für Jahr Tausende von Deutschen im englischen, spanischen, portugiesischen Sprachleben für das Deutschtum verloren. Niemals aber hat das Reich verstanden, die Seinen in der Ferne wirksam zu schützen, wie Italien seine Irredenta, Polen seine auf drei Staaten verteilten Sprachgenossen. Aber die Deutschen im Reichsverband waren doch auch sprachlich sicher behütet. Die Auswanderung ging zurück, und die Fremdsprachigen innerhalb der alten Reichsgrenze wurden Jahr für Jahr in größerer Zahl für das Deutschtum gewonnen. Dieser zuversichtliche Stand der Dinge hat 1918 ein Ende genommen. Heute läuft die deutsche Sprachgrenze weit vor der staatlichen durch fremdes Hoheitsgebiet, und zwischen den beiden Linien liegt breit und großenteils ungeschützt alter deutscher Sprachboden, dessen Name schon uns heute schmerzlich berührt: Elsaß, Lothringen, das Saargebiet, Westpreußen, Danzig, Memel, Posen, Oberschlesien, Siebenbürgen, Kärnten, Steiermark, Südtirol. Von den rund hundert Millionen Deutschen der Erde wohnen nur vierund-

sechzig Millionen im Reich. In zwanzig von den dreißig Staaten Europas sind Deutsche von altersher sesshaft. Wir sind Staatsvolk außer im Reich auch in Osterreich, Danzig, Luxemburg und Lichtenstein, Mitträger der Staatslichtkeit in der Schweiz und der sowjetrussischen Wolgarepublik. In dreizehn europäischen Staaten aber sind wir Minderheitsvolk: in Belgien, Frankreich, Italien, Jugoslawien, Ungarn, Rumänien, der Tschechoslowakei, Polen, Litauen, Lettland, Estland, Sowjetrußland und Dänemark. Was geht sprachlich in diesen Außengebieten heute vor, was ist von ihrer sprachlichen Zukunft zu erwarten, wie können wir helfen? Diese Fragen müssen uns beschäftigen.

Wir kommen am weitesten, wenn wir die Dinge ruhig erwägend zu betrachten suchen und uns kühl den Möglichkeiten zuwenden, die die Gegenwart zuläßt. Aber durch ein Temperament müssen auch sie gesehen werden, und vieles von dem Besten, was darüber gedacht werden kann, müßte ungesagt bleiben, wollte man Gefühl und Zuversicht gänzlich ausschalten. Das ist so gleich vollkommen unmöglich, wenn wir im Westen beginnen.

Zunächst, auch unserem Herzen am nächsten, das Elsaß, das sich von deutschen Bergen und Türmen in seiner vollen Breite überschauen läßt, das einst mit dem badischen Gebiet und der deutschen Schweiz zusammen das alemannische Herzogtum bildete und nun mit einer Willkür, die jeder natürlichen, geschichtlichen, wirtschaftlichen und geographischen Einheit spottet, einem Fremdstaat zugeteilt ist, von dem es Art, Sprache und Sitte der Bewohner, Wirtschaft und Recht gründlicher noch scheiden als der doch wahrlich deutliche Grenzwall der Vogesen. Dazu das lothringische Bruderland, das nun schon durch Jahrhunderte ein leidvolles Geschick mit dem Elsaß teilt. Geschichtlich handelt es sich um rein deutsches Land: die Schädel- und Körpermaße, die Namen der Menschen, Orte und Fluren, die ausgegrabenen Zeugnisse ältester Ortsgeschichte, die Beobachtung von Sitte, Sage und Märchen, Volkstracht und Hausbau weisen alle in dieselbe Richtung: das alemannische Gebiet links und rechts vom Oberrhein ist eine Einheit. Die Grenze der Dörfer mit deutscher gegen solche mit französischer Mundart ist in Elsaß und Lothringen vollkommen fest, soweit die sprachgeschichtliche Kenntnis zurückreicht, und sie umfaßt (wenn wir die Urkunden und Flurnamen zu Hilfe nehmen) einen Zeitraum von weit über 1000 Jahren. Nach amtlicher Feststellung sprach von den 1720000 Einwohnern des Reichslands im Jahr 1905 wenig mehr als ein Zehntel französisch. Das waren zum größeren Teil Lothringer aus dem Gebiet von Metz und südöstlich davon, im Elsaß fast nur die 40000 Breuschtäler, die Bewohner eines schmalen Grenzstreifens in den Vogesen, etliche Dörfer, aber keine einzige Stadt umfassend. Als 1887 die Mundarten von Elsaß-Lothringen für den Sprachatlas aufgenommen wurden, liefen nur aus 300 Orten Auskünfte in französischem Patois ein, 1025 Fragebogen

waren in deutscher Mundart ausgefüllt.¹⁾ Die Sprachgrenze ist (ganz anders als im deutschen Osten) haarscharf zu ziehen, sie läuft um dieselben Fluren, seit die Völkerwanderung zum Stehen gekommen ist. Die 200 Jahre früherer Franzosenherrschaft haben sie um keine Aderbreite verschoben, sowenig wie die fast 50 Jahre deutscher Herrschaft vor 1918.

In einem Land von solcher Art suchen die Franzosen seit ihrem Einzug im November 1918 unser Deutsch mit allen Mitteln auszurotten. In den 200 Jahren ihrer früheren Herrschaft hatten sie keine Volksschule zustande gebracht, die haben erst die Deutschen 1871 einrichten müssen. Aber nun benutzen die Franzosen die deutsche Volksschule zu ihrem Kampf gegen die deutsche Volkssprache. Allen vorher gegebenen Versprechungen zum Trost wurde die deutsche Unterrichtssprache sogleich aus der Unterstufe verdrängt.²⁾ Die sechsjährigen Dorfkinder auch des rein deutschen Gebiets müssen Rechnen, Anschauungsunterricht und die übrigen weltlichen Fächer in einer Fremdsprache über sich ergehen lassen, von der sie im Elternhaus kein Wort gehört hatten und die im ganzen Ort vielleicht keine zwei Einwohner auch nur zu lesen verstehen. Der Ersatz für die abgewanderten deutschen Lehrer wird aus dem Innern Frankreichs bezogen und durch hohe Zusatzgehälter zum Ausstarren bestimmt. Man muß sich etwa nur eine Rechenstunde bei Sechsjährigen vorstellen, um die geistige und seelische Not dieser elsass-lothringischen Kinder voll zu ermessen. Kennzeichnenderweise sind die Geistlichen die ersten gewesen, die gegen dieses „System der Verdummung und Entchristlichung“ (wie sie es nennen) Einspruch erhoben haben. Alle Einreden haben bisher noch nicht den Erfolg gehabt, daß die Schule der sprachlichen Eigenart des Landes gebührend Rechnung trägt. Und wie gegen die Kinder, so richtet sich der Kampf auch gegen die Erwachsenen. In allen Gemeinden sind französische Volksbüchereien errichtet worden, die die Bewohner mit Lesestoff aus dem Innern Frankreichs überschwemmen. In Posten von 40000 Bänden erweitert ein eigens dazu errichteter Bund den Bestand dieser Büchereien und fragt nicht danach, ob in einer Gemeinde auch nur ein Bewohner ein französisches Buch zu lesen imstande ist. Die wehrpflichtigen jungen Leute werden in entlegene französische Standorte gezwungen und in den Kasernen mit Gewalt verwelscht. Bei allen Truppenteilen ist ein Vorbereitungsdiens für elsass-lothringische Soldaten eingerichtet. Wer französisch lernt, wird rascher befördert und bekommt mehr Urlaub: um die Treffen oder um ein paar Wochen Urlaub soll den jungen Leuten Muttersprache und Volkstum abgepreßt werden! In der Verwaltung des Landes hat die deutsche Sprache

1) Ferdinand Brede bei Strupp, Unser Recht auf Elsass-Lothringen (1918) S. 208.

2) Süddeutsche konservative Korrespondenz Jahrg. 8 Nr. 36 vom 15. Dez. 1920. Vgl. das. Nr. 25, 29, 34 (25. Aug. bis 25. Nov. 1920).

keine Stelle mehr. Z. B. sollen die Post-, Steuer- und Zollbeamten nur französisch sprechen und sich der deutschen Bevölkerung gegenüber des Dolmetschers bedienen. Zu Schöffen und Geschworenen werden die Einwohner des Landes nur zugelassen, wenn sie französisch können¹⁾, damit ist aber der größte Teil der Staatsbürger von jedem Laienrichteramt ausgeschlossen, namentlich wird die Arbeiterschaft keine Vertreter stellen können, und das im Zeichen der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit! Im lothringischen Moselland hat ein Präses jede Aufführung deutscher Stücke, jeden Vortrag in deutscher Sprache und jedes deutsche Lied verboten, weil all das die öffentliche Ruhe gefährde.²⁾

Und wie steht es um die Erfolge solcher Maßnahmen? Der Lothringer und vielleicht noch mehr der Elsässer ist schwer zu leiten und leicht zum Widerspruch gereizt. Männer treten heute als Verfechter der deutschen Landessprache auf, die vor 1918 nicht müde wurden, ihre französische Gesinnung zu bekunden. Die Geistlichkeit sieht in der Bedrängung der Sprache zugleich eine Bedrohung der Religion und geht dagegen an. Die elsässischen Abgeordneten haben gelegentlich mit Ablehnung des Unterrichtshaushaltes gedroht. Die Presse des Landes findet kräftige Worte gegen eine Politik, die Wind sät und Sturm ernten wird, die Scheidemauern errichtet inmitten des Volks und nicht nur die Zungen scheidet sondern auch die Herzen; gegen Beamte, die von den Geldern des Landes leben und sich nicht die Mühe geben, dessen Sprache und Art kennen zu lernen. Die Blätter bringen immer wieder Artikel leidenschaftlichen Kampfs um die deutsche Sprache, manchmal in einem rührend unbeholfenen Deutsch, immer voll heiligen Eifers für die eingeborene Sprache.³⁾ Vor fünfzehn Jahren wäre Ähnliches undenkbar gewesen. Die Zeitungen weisen darauf hin, daß Frankreich auf dem besten Weg sei, sich um Vertrauen und Achtung der Elsaß-Lothringer zu bringen. Sie verlangen mit Nachdruck, daß in den entscheidenden Fragen die Elsaß-Lothringer selbst gehört werden, die in den ersten Jahren der neuen Herrschaft so gut wie nichts zu sagen hatten.⁴⁾

Alle diese Erfahrungen sind schon einmal gemacht worden. Gerade am Elsaß hat man lernen können, daß staatliche Fremdherrschaft wohl die leitenden Kreise hart trifft, aber das Volk in seiner Masse und Tiefe nicht umgestaltet, ja wenig berührt. Gegen Ende der zweihundertjährigen Franzosenherrschaft, im Jahr 1860, zählte Straßburg 21 % französische neben 76,5 % deutscher Familiennamen. Da hier alle Beamten und Offiziere mitzählen,

1) Freiburger Zeitung vom 22. Nov. 1920 und vom 6. Febr. 1921. 2) Zeitschrift des Deutschen Sprachvereins 36 (1921) Sp. 132—134. 3) Nicht zufällig kommt das beste, was in unseren Tagen über die Bedeutung des Außenz- und Grenzdeutschtums gesagt wird, von vertriebenen Elsässern und Lothringern. Dankbar hervorgehoben sei hier Fritz König: Grenzbüchereidienst und Bildungspflege. Mitteilungen (1929) 26—49. 4) Freiburger Zeitung vom 20. Nov. 1920 und vom 10. Nov. 1921.

die doch nicht bodenständig waren, ist in jenen zweihundert Jahren, soweit die Familiennamen einen Schluß erlauben, kaum ein Fünftel der hauptstädtischen Bevölkerung fremd geworden.¹⁾ Auf dem Land hält sich die Übersiedlung notwendig in noch viel engeren Grenzen. Das alte Frankreich hat in diesem Sinn kaum etwas Bleibendes erreicht. Sprachlicher Nationalismus ist ja auch erst ein Kind der französischen Revolution; er ist als solcher allem älteren Staatsleben fremd. Österreich ist in diesem Sinn bis zu seinem Untergang 1918 ein Staat der älteren Form geblieben. Aber auch Frankreich hat sich seiner Sprachgenossen etwa in Nordamerika sprachlich nicht angenommen und umgekehrt die Bürger fremder Zunge auf seinem Staatsboden sprachlich gewähren lassen. Wohl hat Ludwig XIV. für das oberste Gericht in Kolmar Französisch als Amtssprache vorgeschrieben, aber doch nur, weil es verwal- tungsmäßig bequem war und sich mit ein paar Richtern aus dem Innern durchführen ließ. Weiter drang erst das Französisch der Revolution vor, freilich doch mit einem an den heutigen Möglichkeiten gemessenen bescheidenen Erfolg, weil Schule, Verkehr und Presse noch in den Kinderschuhen steckten. In den elsass-lothringischen Schulen hat der Kampf gegen die deutsche Sprache 1833 begonnen. Danach hat die Regierung des zweiten Kaiserreichs (freilich ohne den Kaiser selbst, der von seiner deutschen Erziehung her viel für die deutsche Sprache übrig hatte und die Kreise seiner Räte mehr als einmal gestört hat) die Durchführung des Französischen in allen Volksteilen mit scharfen Mitteln gefördert.²⁾ Aber schon 1844 hat der Bischof von Metz erklärt, daß 260 seiner Pfarreien nur Deutsch verstünden, wie schon 1838 der Straßburger Theologieprofessor Neuß aller Verwelschung sein donnerndes „Wir sprechen deutsch“ entgegengerufen hat.

Spärlich sind die Stimmen, die heute über den Rhein dringen, und so entschiedene, wie die des alten tapferen Neuß sind bisher nicht darunter. Das Deutschtum der Elsässer und Lothringer liegt nicht an der Oberfläche. In ihrer äußeren Sitte, gerade auch der sprachlichen, haben die beiden Stämme viel westliches Wesen angenommen. Kennzeichnend dafür ist, was Benno Müttgenauer von einer Reise im Elsaß 1929 erzählt.³⁾ Er tritt in einen Wirtsgarten, und die Wirtin selbst kommt ihm trotz ihrer Beieibtheit eilig und freundlich entgegen mit dem Gruß: „Bonjour, Monsieur!“ Er ist schlecht aufgelegt und brummt: „Himmelwetter noch einmal, ich kann nicht Französisch!“ Darauf sie, laut lachend: „J ja au nit! Bonjour, des is no lang kei Französisch.“ Doch wie sie dann den Schoppen Neuen vor ihn hinstellt, geschieht es mit den Worten: „Voilà, Monsieur!“

1) Emil von Borries im Jahrbuch für Geschichte, Sprache und Literatur Elsaß-Lothringens 15 (1899) 203f. 2) Brede bei Strupp S. 212. 3) Münchener Neueste Nachrichten vom 16. August 1929.

Es sind die Formen äußerer Höflichkeit, die namentlich der Elässer nur französisch zu handhaben vermag. In die Tiefe geht das nicht, da sitzt eine warme Liebe zur Heimat, und weil diese Heimat im Kern so deutsch ist, wie ein Land nur sein kann, ist das eine Liebe zu deutschem Wesen. Uns Deutschen des Reichs stehen die beiden Stämme mit Zurückhaltung auf der einen, mit Entgegenkommen auf der anderen Seite gegenüber, wie von je; aber dies Verhalten hat, wie Rüttenauer richtig bemerkt, mit den Jahren einen für uns günstigeren Sinn bekommen. Elsaß und Lothringen sind deutsch, aber müde von überlangen Kämpfen, zermürbt durch eine Flut behördlicher Maßnahmen. Es fehlt nicht an schwankenden Gestalten, und nach vielen bitteren Erfahrungen wird man sich in Deutschland vor jeder vorschnellen Zuversicht hüten, in dem schmerzlichen Bewußtsein, daß jedes Eingreifen in den Sprachenkampf unserer Nachbarn ihnen und uns zur Zeit nur schaden würde.

Mit besserer Zuversicht und freierer Hand stehen wir den Bedrängnissen des Saargebiets gegenüber, in dem nun auch schon elf schmerzliche Jahre lang ein scharfer, westlicher Wind weht. Frankreich hat dabei keine moralischen Eroberungen gemacht. Die Beziehungen zwischen Saarländern und Franzosen sind nicht über die Notwendigkeiten des täglichen Verkehrs hinaus erstarrt. Wenn Frankreich auf der im Friedensvertrag vorgesehenen Volksabstimmung besteht, wird es sich eine schwere Niederlage holen. Die Saarländer verlangen die Rückkehr zu Deutschland; sie muß ihnen gewährt werden. Nur französische Unkenntnis der deutschen Seele konnte sich in der Hoffnung wiegen, das kerndeutsche Land entdeutschen und auffaugen zu können. Niemals wird es gelingen, durch kleine Bergünstigungen und große Versprechen, durch Drohung oder Gewalt das Volksempfinden in der Grundfrage zu verändern. Und wir im Mutterland haben die Möglichkeit, durch jeden Saarländer, der unsere Hochschulen besucht, durch jeden jungen Priester, der von deutschen Seminaren dahin geht, durch all die vielen wirtschaftlichen Fäden, die uns mit jenem Land verbinden, mit jedem Zeitungsblatt, das hinüberfliegt, die Überzeugung zu stützen, daß das ganze Deutschland in dieser Leidenszeit zu seinen treuen Söhnen steht. Die deutsche Einheit von der Saar bis zur Memel ist uns Gemeingut und Glaubensbekenntnis: man braucht sie nur anzutasten, um das ganze deutsche Volk, so zerrissen es in anderen Fragen auch sein mag, geeint gegen sich zu haben.

Das Saargebiet liegt als Ganzes innerhalb der deutschen Sprachgrenze. Schon der Blick auf diese Tatsache sollte alle Lösungsversuche entwaffnen, denn die Sprachgrenze ist auch hier klar und scharf gezogen. Sie ist es auch, wo sie im Westen durch Land führt, das dem Reich seit Jahrhunderten entfremdet ist, in Belgien. Flandern spricht flämisch, der wallonische Süden französisch, die uralte Sprachgrenze läuft von Dünkirchen an der Kanalküste

über Brüssel nach Maastricht. Die sprachlichen Schwierigkeiten des Landes sind auf dieser Grundlage zu lösen: nicht Zweisprachigkeit für ganz Belgien kann das Ziel sein, sondern Aufteilung derart, daß Flämisch im flandrischen Nordsaum, französisch in der Wallonie Staatssprache wird. Zu gerechter Zweiteilung wird eine Volksbefragung angestrebt, an der alle Gemeinderatswähler, Männer wie Frauen, teilnehmen sollen. Die Sorge ist einzig, daß Flandern noch zu sehr unter den Folgen der Verwelschung des letzten Jahrhunderts leidet, so daß gerade die flämischen Kreise wünschen müssen, die Volksbefragung noch hinausgeschoben zu sehen.¹⁾

Ganz anders liegen die Verhältnisse im deutschen Osten. Wohl kann man auch dort auf der Karte eine Linie ziehen, die die Ortschaften verbindet, in denen die ersten Vertreter slawischer Mundarten wohnen. Aber diese Linie ist unsicher und vielgezackt, und hinter ihr bleibt das Land weithin zweisprachig und voll schwankender Übergänge.²⁾ Das ist das Unglück des Lands von Posen geworden, daß Willkür und Feindschaft diese Zweisprachigkeit zum Vorwand nehmen und das ganze Land zu Polen schlagen konnten, das doch nur in seinem Ostteil polnisches Kernland darstellt und das als Ganzes erst durch deutschen Willen unter den Pflug genommen, entsumpft und durch Städte rein deutschen Geistes erschlossen worden ist. Gerade die lang währende, unbedingt geordnete und alles umfassende Fürsorge des Staats in der Ostmark hat dem Deutschtum dort geschadet, als Ende 1918 dieser Staat zusammenbrach. Die Kärntner haben damals zur Selbsthilfe gegriffen und neun Monate lang für die Einheit ihres Heimatlands gekämpft. Die Deutschen der Ostmark haben, vom Staat verlassen, den Polen weithin das Feld geräumt, einfach weil sie sich ein Handeln ohne den Staat angewöhnt hatten. Was aber in diesem dem Reich in der Stunde der Schwäche entrissenen Tochterland in den Jahren danach geschehen ist, war die geradlinige Fortsetzung jener Willkür und Feindseligkeit. Die Polen sind — wie übrigens auch die Tschechen und andere Nachbarn im europäischen Osten — gelehrige Schüler der französischen Revolution geworden. Den sprachlichen Nationalismus haben sie von den Franzosen übernommen. Unter Nichtachtung des Friedensvertrags und der verbrieften Rechte der deutschen Minderheit enterben die Polen einen Stedler nach dem andern und zwingen ihn, den Boden zu verlassen, der ihm vertraglich gesichert war. Die polnische Regierung hat jede Ausschreitung gegen Deutsche gern geduldet und begünstigt. Die Söhne des an Polen gefallenen Landes deutscher Zunge werden zu mehrjährigem Heeresdienst in die Gegend von Pinsk im polnischen Osten eingezogen. Massenhaft entziehen sie sich dem, indem sie vorher über die deutsche Grenze fliehen. Der Schaden, der

1) Boffische Zeitung vom 12. Sept. 1929.

2) Wrede bei Strupp S. 208.

damit dem Deutschtum zwischen Danziger Bucht und Oberschlesien geschieht, ist ungeheuer und kaum jemals gutzumachen.

Vor allem richtet sich auch der polnische Vorstoß wieder gegen die deutsche Schule. Das weiß auch dieser Gegner, daß mit der Schule eines Volksteils seine Sprache zusammenbricht und damit seine Widerstandskraft. Nach dem Friedensvertrag ist der polnische Staat zur Unterhaltung der deutschen Volksschulen und höheren Lehranstalten verpflichtet, er hat sich aber bisher weder zu dem einen noch zu dem andern bequemt.¹⁾ In Bromberg und andern Städten beschlagnahmt die polnische Behörde, ohne auch nur die Stadtverordneten zu fragen, die bestehenden Schulen mit ihren mustergültigen Einrichtungen, angeblich weil für polnische Kinder der Raum gebraucht wird.²⁾ Die Lehrer deutscher Zunge entläßt sie fristlos und überläßt es der deutschen Minderheit, die sie dadurch mit Tausenden von Kindern tatsächlich obdachlos macht, auf eigene Kosten neue Schulen zu bauen — unter heutigen Verhältnissen fast eine Unmöglichkeit. Trotz aller Schwierigkeiten haben die Deutschen Polens aus eigenen Mitteln und mit Hilfe aus dem Reich schon eine ganze Reihe von Privatschulen ins Leben gerufen, die sich durch kein Hemmnis darin stören lassen, den deutschen Unterricht fortzuführen. Nothilfe wird solche Selbsthilfe freilich immer bleiben, aber von diesem Privatschulwesen hängt die Zukunft der deutschen Sprache im jetzt polnischen Gebiet allein ab. Hier hat auch die Hilfe der Heimat einzusetzen und alles nur Menschenmögliche zu tun, daß die Flamme dieses Herbs nicht erlischt.

Auch abgesehen von diesem Kampf um die deutsche Schule suchen die polnischen Machthaber die an sie gefallenen Länder mit allen Mitteln zu entdeutschen. Durch wirtschaftliche und geistige Bedrückung will man das Deutschtum planmäßig ausrotten. Maßnahmen gegen Bauernschaft, Großgrundbesitz, städtische deutsche Bevölkerung und Presse sind an der Tagesordnung. Deutsche Bühnen und Buchereien sind geschlossen worden, soweit der polnische Machtwille heute reicht. Die deutschen Kirchen beider Bekenntnisse werden auf jede Weise bedrückt und entrechtet. Das alles geschieht auf einem Boden, auf dem alle Kultur von den Deutschen stammt. Dieses Bewußtsein verschärft das Gefühl für das Unrecht, das die Polen heute begehen, es stärkt aber auch die Zuversicht in dem uns damit aufgedrängten Kampfe. Seit dem Mittelalter klingt nirgends aus den Urkunden geistige und sittliche Überlegenheit so sieghaft wie aus denen des Grenzlands im Osten. Hier haben die Deutschen von jeher den festen Willen und auch die Kraft bewährt, Sprache und Volkstum gegen eine minder entwickelte Kultur zu wahren und die Grenzen des Deutschtums zu erweitern. Sie sind heute in ihrem Denken und Fühlen

1) Der Auslandsdeutsche 4 (1921) 711. 2) Vortrag von Direktor Trent aus Bromberg im Frankfurter Philologenverein: Frankfurter Zeitung vom 13. Mai 1921.

so fest wie je, ihre Aufrufe versichern immer wieder: Deutsche wollen wir bleiben bis zum letzten Atemzug. Dieses Bewußtsein hat auch das Deutschtum im ehemaligen Kongresspolen bei Leben und Kraft erhalten durch all die langen Jahrzehnte der russischen Bedrückung.¹⁾ Es einigt die Deutschen dort mit denen der neupolnischen Gebiete, es wird sie verbinden auch mit denen des oberschlesischen Abtretungsgebietes.

Trauer und Zorn um Oberschlesien sind noch zu frisch, als daß man deutschen Herzen schon heute zu leidenschaftsloser Beharrlichkeit raten könnte. Die Polen haben eine (wenn auch kleine) Mehrheit, sie haben die Staatsgewalt und den Willen, sie rücksichtslos zu brauchen. Sie haben auch hier die Schule zum Kampfmittel gestaltet. Die deutschen Minderheitsschulen, die Polen widerwillig und nur unter Druck von außen duldet, werden durch Amtsenthebung deutscher Lehrer geschädigt und in ihren Leistungen gedrückt, bis sie ihre Beliebtheit bei der Bevölkerung einbüßen. Wenn der Deutsche Lehrerverein die unzulänglichen Bezüge einer Lehrstelle aufbessert, so wird gegen den Inhaber der Vorwurf erhoben, er habe sich von einer fremden Macht unterstützen lassen, und er muß bitter leiden.²⁾ Ziel der Deutschen kann hier nur die Wiedervereinigung mit dem Mutterlande sein, auf Grund des Selbstbestimmungsrechts, das der Schiedsspruch klar mißachtet hat. Wenn wir, gerade sprachlich, retten wollen, was noch zu retten ist, so müssen wir vor allem das Bewußtsein wachhalten, daß die Zerreißung ein Unrecht war und eine Torheit dazu. Auch sprachpolitisch kommt alles darauf an, den Abgetrennten zu zeigen, daß im deutschgebliebenen Gebiet bessere Lebensbedingungen walten. Dann wird die Sehnsucht nach Wiedervereinigung immer stärker werden. Der Weg zur Seele des Menschen geht durch das Tor der Muttersprache, ohne sie ist auch keine staatliche und sittliche Gesinnung im jungen Menschen zu erzeugen. Gerade in den sprachlich gemischten Bezirken des neuen Grenzsaums wird darum die deutsche Sprache mit aller Behutsamkeit gepflegt werden müssen. Jeder Oberschlesier jenseits der neuen Grenze bedeutet heute eine Hoffnung des Deutschtums. Es darf nicht wieder kommen, wie es lange genug in Westpreußen und Posen war, vielmehr muß aus den bitteren Erfahrungen vergangener Jahre gelernt werden. Die Sprachenpolitik im deutschgebliebenen Oberschlesien muß damit rechnen, daß jeder Schritt auch auf den zu Polen geschlagenen Teil zurückwirkt und daß insbesondere auch jeder Mißgriff drüben schadet. Die Oberschlesier im abgetrennten Gebiet müssen unbedingt darauf vertrauen können, daß ganz Deutschland mit ihnen fühlt und kämpft, dann wird auch das Gefühl dauernder Zusammengehörigkeit in den willkürlich zerschnittenen Kreisen lebendig bleiben, auf das sich alle Zukunftshoffnung baut.

1) Adolf Eichler, Das Deutschtum in Kongresspolen (1921): Schriften des Deutschen Auslands-Instituts Reihe A Heft 4. 2) Wossische Zeitung vom 30. Juni 1929.

Wie unrettbar alles deutsche Leben sinkt und verfällt, wenn deutsches Land an Polen verloren geht, das offenbart sich bisher am deutlichsten in Westpreußen, wo die meisten inneren Werte zu zerstören waren. Ebenso ist am Beispiel dieses unglücklich zerschnittenen Landes am besten deutlich zu machen, wie hart und unmittelbar die Gebietsverluste gerade auch die deutsche Sprachwissenschaft treffen, wie sie ihr die Lösung von früher selbstverständlichen Aufgaben erschweren, ja unmöglich machen. Seit langem ist von der Akademie der Wissenschaften in Berlin ein Preussisches Wörterbuch geplant und in den Vorarbeiten durch Professor Ziesemer in Königsberg weit gefördert. Diese Arbeit hat durch den Verlust Westpreußens geradezu unheilbaren Schaden erlitten. Große Gebiete der an Polen gefallenem Provinz sind sprachlich überwiegend deutsch und bilden in sich geschlossene Mundartgruppen. So ist sprachlich Westpreußen die wichtige Brücke zwischen Ostpreußen auf der einen und Pommern und Brandenburg auf der andern Seite. Schon darum ist seine Durchforschung unmittelbar notwendig, viele Erscheinungen der Nachbarmundarten hängen solange in der Luft, als sie nicht mit den westpreussischen verglichen und aus ihnen gedeutet sind. Nun ist zwar noch bei guter Zeit der westpreussische Sprachschatz fürsorglich aufgenommen, aber es klaffen noch viele schmerzliche Lücken, und sie zu schließen ist nahezu unmöglich, weil die Polen auch in Westpreußen alles deutsche Wesen geflissentlich unterdrücken. Die meisten westpreussischen Mitarbeiter des Wörterbuchs haben die alte Heimat unter den traurigsten Umständen verlassen müssen, nur ganz wenige haben noch Auskünfte schicken können, umdrängt von Gefahr, keinen Tag ihres Besitzes sicher und schon durch die Höhe der Postgebühren vom deutschen Mutterland geflissentlich getrennt. Das Preussische Wörterbuch muß die daraus erwachsenden Lücken hinnehmen und notgedrungen das Schwergewicht der Arbeit auf Ostpreußen verlagern, wo der glänzende Ausfall der Abstimmung auch für die sprachliche Heimatpflege schöne Frucht verheißt und inzwischen auch schon gebracht hat. Niemals aber kann das Preussische Wörterbuch das werden, was man bei Gründung des Unternehmens von ihm gehofft hatte.¹⁾

Ostpreußen löst zur Zeit eine einzigartige Aufgabe, deren sprachliche Folgen zunächst noch gar nicht abzusehen sind.²⁾ In Wolhynien lebten bis zum Krieg 250 000 deutsche evangelische Bauern in geschlossenen Siedlungen auf gepachtetem Boden, den sie selbst oder ihre Vorfahren urbar gemacht hatten, mit eigenen Pfarrern, Lehrern, Waisens- und Armenhäusern. Sie waren russische Staatsbürger, hielten aber an ihrem Deutschtum fest, galten als musterhafte Landwirte, treue Soldaten und Untertanen, die mit Deutschland keinerlei

1) Ziesemer in den Sitzungsberichten der Preuss. Akademie 1921 B S. 150. 2) Wilhelm Althausen in der Bessischen Zeitung vom 2. Juni 1929.

Beziehungen pflegten, wohl aber in ihm den idealen Staat verwirklicht sahen. Für die Deutschen in dem an Polen gekommenen Wolhynien hat der Krieg besonders harte Folgen gehabt. Um ihres Deutschtums willen sind sie aufs schwerste bedrängt worden. Von Sibirien bis Kanada und Brasilien sind die wolhynischen Deutschen in alle Welt getrieben, tausend Familien aber haben in Ostpreußen ihr Eigenheim erhalten und sollen als bodenständige Landarbeiter die fremdstämmigen Saisonarbeiter ersetzen. Die strebsamen, vielseitig begabten, frommen Menschen bewähren sich auch auf dem neuen Boden prächtig und gelten nicht zuletzt wegen ihrer deutschen Gesinnung als Siedler vom besten Schlag. Nur die Knechtschaft vertragen sie nicht, deren Väter seit Jahrhunderten im großen Raum frei schalten durften. Gelingt es ihnen, freie Siedler zu werden, dann kann das schwach besiedelte Ostpreußen hoffen, an ihnen auch sprachlich ein starkes Bollwerk zu erhalten.

Einzigartig in jedem Sinn ist die Stellung von Danzig.

Das ist die Stadt, wo deutsche Art
 Boll Kraft und Mut ihr Gut bewahrt,
 Wo deutsch die Glocken werben,
 Und deutsch ein jeder Stein —

so kündet es Paul Enderlings Lied „Für Danzig“. Die durch den Völkerbund gesicherte Verfassung der freien Stadt gewährt jedem Danziger das Recht der freien Meinungsäußerung. Auch von sprachlichen Dingen kann man heute in Danzig frei reden und tut es mit erstaunlicher Frische — nec temere, nec timide, wie es der alte Wahrspruch der Hansestadt will. Daß die polnische Gefahr auf vielen Wegen herandrängt, ist jedermann bewußt. Die Eisenbahnen werden vom polnischen Staat betrieben; die Angestellten sind, soweit sie aus Danziger Gebiet stammen, deutsch. Sie werden gezwungen, ihre Kinder in die polnische Volksschule zu schicken, sonst verlieren sie ihr Brot. Polen unterhält in Danzig Kindergärten mit polnischer Sprache. Vorwand sind die 20000 polnischen Staatsangehörigen, die in die Stadt gelegt sind. Aber auch Eltern deutscher Zunge werden durch wirtschaftliche Vorteile und Versprechungen veranlaßt, Kinder in diese Anstalten zu schicken. Solche Kinder geben dann den Vorwand zur Errichtung immer neuer Volksschulklassen mit polnischer Unterrichtssprache, denen sie geeignete Schüler zuführen. Künstlich noch vermehrt wird deren Zahl dadurch, daß polnische Eisenbahnbeamte mit möglichst großer Kinderzahl aus dem Innern in das Danziger Gebiet versetzt werden. Trotz allem ist gerade in Danzig der beherrschende Eindruck: die Sprache bindet das Volk zur Einheit, und das ist, wie von jeher, die deutsche Sprache.

Durch den litauischen Handstreich vom Januar 1923 ist das Land um Memel von Ostpreußen abgetrennt. Seit Woldemaras zu Weihnachten 1926 seinen Umsturz in Kowno durchgeführt hat, steht das wahrlich von keinem

Feind bedrohte Land unter Kriegsrecht. Damit hat der litauische Befehlshaber Gewalt, Rechte und Sprache der memelländischen Mehrheit zu unterdrücken. Denn hier ist es eine Mehrheit: von den 29 Abgeordneten des memelländischen Landtags gehören nur vier den litauischen Parteien an. Gleichwohl sind die Zustände so, daß eine unserer führenden Zeitungen, wo sie über die Memeler Sprachenfrage berichtet, dies unter der Schlagzeile „Auf verlorenem Posten“ tut.¹⁾ Die Lehrerbildung des Landes wird litauischen Kräften ausgeliefert, eine deutsche Schule nach der andern in eine litauische umgewandelt. Deutschen Richtern wird die Aufenthaltserlaubnis verweigert, die Rechtspflege versumpft, dem Beamten deutscher Zunge kann ein unvorsichtiges Wort die Ausweisung eintragen. Da die Zustände täglich schlimmer werden, geben mehr und mehr Memelländer den Kampf auf; Hunderte verlassen jeden Monat ihre Heimat, und Groß-Litauer rücken nach. Hier hat die deutsche öffentliche Meinung eine Pflicht. Die Deutschen des Memellandes fühlen sich im Stich gelassen und verstehen nicht, daß Deutschland außer Stand sein sollte, dem „befreundeten“ Litauen klar zu machen, daß die Memeler von deutschem Kulturwillen beseelt sind. Es gilt hier einfach, verbrieften Rechten Geltung zu verschaffen, die Sprachenfrage regelt sich dann ganz von selbst.

Wie den memelländischen Deutschen von jenseits der Grenze geholfen werden kann, läßt sich gut am Beispiel des Stadttheaters von Tilsit zeigen. Das Theater ist keine dreihundert Meter von der litauischen Grenze entfernt. Ein Schauspielhaus, das deutsche Stücke gut spielt, kann für die Erhaltung der deutschen Sprache und Kultur Unerseßliches leisten, wie denn die Bühnen der Grenzmark in der vordersten Reihe des Kampfes stehen. Preußen darf das bedrohte Tilsiter Theater nicht zusammenbrechen lassen.²⁾

Wenn wir von Ostpreußen auf die ehemals russischen Ostseeprovinzen hinüberblicken, so finden wir die baltischen Deutschen auch unter lettischer und esthnischer Fremdherrschaft wacker am Werk, ihren Außenposten in immer neuen Anstürmen zu halten. Die sprachlichen Verhältnisse sind ihnen günstig: Wenn der König von Schweden (wie zuletzt im Juli 1929) nach Reval und Riga kommt, muß er deutsch sprechen, um allgemein verstanden zu werden. Die lettische Landesuniversität in Riga muß ihren jungen Juristen eine Aufnahmeprüfung in deutscher Sprache auferlegen, weil ihnen sonst der größte Teil der wissenschaftlichen Literatur verschlossen wäre. Im Krieg haben unsere baltischen Volksgenossen schier Übermenschliches geleistet für die Deutschen in Rußland. Jetzt stehen sie mit unverzagtem Herzen aufrecht in Kampf und Hoffnung. Im Oktober 1921 haben sie im Haus der großen Gilde zu Riga

1) Wolfgang von Weißl, Vossische Zeitg. vom 9. Mai 1929.

2) Siehe den Ausruf

in der Frankfurter Zeitung vom 8. August 1929.

eine deutsche Hochschule eröffnet¹⁾, die rein aus Mitteln der Herdergesellschaft erhalten wird und damit von neuem die unbesiegbare Kraft des deutsch-baltischen Kulturgedankens dartut. Die alte Universität Dorpat blüht von neuem auf, auch sie ein starker Zeuge für die Opferfreudigkeit, den Mut und die Ausdauer des baltischen Deutschtums. Deutsche Gelehrte in Dorpat und Riga stellen die lebendige Brücke zum Mutterland her und bejahen durch ihr Vertrauen die Zukunft dieses Deutschtums. Eine gewisse Gefahr bedeuten für Unterrichtssprache und Gesinnung dieser Hochschulen die finnischen Gelehrten, die — sprachlich vielgewandt und den Esten völkisch nahestehend — gewissermaßen das deutsche Monopol durchlöchern, während sonst gerade Finnland der einzige Staat der Welt ist, in dem vom Krieg her reine Begeisterung für Deutschland lebt und in dem sich auch nach dem Krieg der deutsche Einfluß kräftig behauptet hat. In Helsingfors kann es geschehen, wenn deutsche Gäste einziehen — Ferienkinder oder Studenten oder eine Fußballmannschaft —, daß die finnischen Spielente die Wacht am Rhein anstimmen, daß sich dann die ganze vieltausendköpfige Menge erhebt und, indem sie einstimmt, die Häupter entblößt. Es gibt deutsche Städte, wo das nicht möglich wäre. Die deutsche Schule in Helsingfors blüht und vermittelt jedes Jahr mehr Kindern des Landes deutsche Sprache und damit deutsches Wesen. In ihren Räumen ist 1921 ein „Germanisches Institut“ eröffnet worden, von Deutschland her mit reichem Bildungsstoff und tüchtigen Lehrkräften ausgestattet, die seither schon manchen finnischen Lehrer und Studenten zur Bildungsreise nach Deutschland vorbereitet haben. So ist zu hoffen, daß die sachliche, ja freundschaftliche Gegnerschaft der Finnen auch im Baltikum dem Deutschtum keinen Abbruch tun werde. Drohender steht hinter ihm der von kundiger Seite befürchtete Zusammenbruch der schwachen Staaten, auf deren Boden sie liegen, und dahinter wieder die ungeheure Gefahr eines neu zur Küste drängenden Russlands, das eines Tags diese Randstaaten in die alte Vormüßigkeit zurückzwingen wollen. Aber eine tapfere Gegenwart wird sich auch durch den Blick auf eine unwölkte Zukunft nicht schrecken lassen, zumal wenn sich der Kämpfer durch das Gedächtnis einer heldenhaften Vergangenheit kräftigen kann.

Tapfer und treu gegen volksfremde Übermacht stehen auch die Deutschen Böhmens schon lange Jahrzehnte im Kampf um Sprache und Volkstum. Seit 1918 leben dort fast vier Millionen Deutsche unter tschechischer Herrschaft. Das Vorgehen des neuen Staatsvolks ist in den ersten Jahren seiner Herrschaft gewalttätig gewesen. Die Sudetendeutschen sollten Fremdlinge werden auf der Scholle ihrer Väter, Fremdlinge in dem Land, das vielhundert-

1) Deutsche Allgemeine Zeitung vom 12. Okt. 1921.

jähriger deutscher Fleiß zu Reichtum und Blüte entwickelt hat. Die tschechoslowakische Republik — auch sprachlich eine Mißgeburt, die mit neun Silben sagt, was mit den zwei Silben Böhmen zu sagen wäre — ist ein Kind nicht der Liebe, sondern des Hasses, und zwar des französischen Hasses gegen alles Deutsche. Darum hat der Versailler Friede die Sudetendeutschen um ihr Selbstbestimmungsrecht gebracht, das sie wohl den natürlichen Anschluß an die benachbarten und blutsverwandten Stämme des Reiches hätte finden lassen. Statt dessen wurden sie einem „Sieger“-Staat ausgeliefert, dessen schwere Hand sie Tag um Tag spürten, vor allem im Sprachkampf. Der Rückblick auf die Jahre von 1918 bis 1921 ist eine Heerschau über ein Heer von Unbilden, gerade auf sprachlichem Gebiet. Das Sprachengesetz vom 29. Februar 1920 ist erlassen worden, ohne daß das deutsche Drittel der Bevölkerung auch nur gefragt worden wäre. Deutsche Dörfer und Städte wurden ver-tschecht, Verträge mißachtet, Versprechen gebrochen. Vor der entscheidenden Volksabstimmung wurden in die sprachlich unstrittenen Bezirke Regimenter tschechischer Soldaten gelegt, die heute hier, ein paar Wochen später im deutschen Nachbargebiet eine tschechische Mehrheit vortäuschten.¹⁾ Der deutschen Bevölkerung wurde jeder staatliche Schutz gegen solche Vergewaltigung versagt, und fortan galt der Bezirk für tschechisch. Ortsnamen, Straßenschilder, Geschäftsaufschriften wurden umgewandelt, die deutsche Amtssprache mußte der tschechischen weichen, vom Gericht wurde kein deutscher Schriftsatz mehr angenommen, die deutschen Schulen wurden gesperrt, zahlreiche tschechische Schulen in rein deutschen Gebieten neu eröffnet und mit hineingepreßten deutschen Kindern gefüllt. Die deutschen Hochschulen, vor allem die deutsche Universität Prag (die immer noch 6000 Hörer zählt), wurden durch Versagen ausreichender Zuwendungen geschädigt, die tschechischen auf jede Weise begünstigt. Dabei bringt der deutsche Volksteil noch heute die runde Hälfte aller Steuern im Land, der mittelbaren wie der unmittelbaren, aus seiner überlegenen Wirtschaftskraft in die Kassen eines Staates, der ihm die einfachsten Rechte vorenthält. Der Leiter dieses Staates, Masaryk, hatte versprochen, aus der Tschechoslowakei eine zweite Schweiz zu gestalten. Dabei wurden die sprachlichen Minderheitsfragen nicht einmal gestellt, geschweige denn gelöst. Welches unsägliche Leid sich darunter verbirgt, kann ganz nur ermessen, wer selbst unter solchem Unrecht gelebt und gelitten hat. Man darf auch nicht sagen, daß nur die Führung der Grenzlinien die schlimme Lage der Minderheiten geschaffen hätte. Wie die Sprachgrenzen im deutschen Osten laufen, wird es bei jeder Art der Grenzführung Minderheiten geben, in alle Zukunft werden die Schwierigkeiten nur so gelöst werden können, daß sich die Staatsregierungen mit

1) Zeitschrift des Deutschen Sprachvereins 36 (1921) 134.

ihren Minderheiten in ehrlichem Ausgleichswillen zusammenfinden. Insofern trifft Masaryks Versprechen durchaus das Richtige. Statt dessen wurde vor allem in der alten Sprachinsel Prag das Deutschtum völlig an die Wand gedrückt. Alle deutschen Aufschriften mußten verschwinden. Es hat Zeiten gegeben, in denen man auf der Straße kein deutsches Wort reden durfte, wenn man nicht angerempelt werden wollte.¹⁾ Unglückliche Leute versuchten Auskünfte an Schaltern oder in Amtsstuben erst in englischer oder französischer Sprache zu erhalten, worauf sie sicher waren, höflich gefragt zu werden, ob sie nicht vielleicht Deutsch könnten. Die weitere Unterhaltung vollzog sich dann in den angenehmsten Formen — auf Deutsch. Der Schein der Rechtlichkeit ist bei der Entdeutschung Prags gewahrt worden, aber sie baut sich auf Urteile auf, die Schandflecke der tschechischen Rechtspflege bleiben und bei anständigen Tschechen Anstoß erregen. Bei einem Geschäftsinhaber nach dem andern erschien eine Abordnung des „Volks“ und machte ihn darauf aufmerksam, das tschechische Gepräge der Stadt dulde keine deutschen Aufschriften. Er möge seinen deutschen Vornamen usw. ins Tschechische übersetzen, sonst habe er die Folgen zu tragen. Der Inhaber folgte, denn besann er sich auch nur einen Tag, so wurde in der tschechischen Hesperie das souveräne Volk so deutlich gebeten, sich durch deutschen Übermut nicht herausfordern zu lassen, daß mehr nicht nötig war. So ist das „Deutsche Haus“ stumm geworden, stumm die „Böhmische Bank“, stumm das „Prager Tagblatt“ und alle anderen deutschen Zeitungen. Keine Aufschrift zeugt von ihrem Dasein. Bis in den Mai 1921 gab es noch eine deutsche Inschrift in der Stadt Karls IV., das „Kinderspital“. In einem bescheidenen Haus wurden kranke Kinder von deutschen Ärzten und Wärterinnen gepflegt. Dagegen wandte sich in einem tschechischen Blatt eine so bössartige Anzeige, daß der Stadtrat gegen die wenigen deutschen Stimmen beschloß, die Tafel zu entfernen. Das ist in aller Stille geschehen, denn die Deutschen ziehen nicht auf die Straße und werfen anderer Leute Fenster ein. In der Welt draußen aber behielt jeder recht, der behauptete, in Prag werde keinem Deutschen auch nur ein Haar gekrümmt.

Nachdem sich so die Tschechen gründlich in Vorteil gesetzt hatten, ist vieles besser geworden.²⁾ Vier Millionen lassen sich nicht von der Erde weglügen oder wegeln, zumal nicht in einem Staat, von dessen dreizehn Millionen nur sechs zum Staatsvolk gehören, während die anderen Slowaken, Ungarn und eben Deutsche sind. So sind die Deutschen Mitarbeiter am staatlichen Leben des Landes geworden und haben damit den einzigen Weg beschritten, der der dortigen Minderheit zu ihrem Recht helfen kann. Die Spannung im öffentlichen Leben hat nachgelassen; die erst dumpfe, dann offene Feindselig-

1) Frankfurter Zeitung vom 21. Mai 1921.

2) Arthur Closser, Bostische Zeitung vom 11. Oktober 1929.

keit ist dem Willen zu gegenseitigem Verstehen gewichen. Die tschechische Mehrheit hat sich besonnen, daß sie in Europa eine Minderheit bleibt, während die deutsche Minderheit, europäisch gesehen, zur Mehrheit wächst. Die Tschechen haben auch begriffen, daß ihnen der Luftweg nach Frankreich wenig nützt, wenn sie sich den Landweg nach Deutschland verbauen, und daß Geschichte, Kultur und Wirtschaft sie darauf hinweisen, sich mit dem Deutschtum zu verständigen. Der Begriff des böhmischen Kulturkreises ist ihnen wieder lebendig geworden und damit die Erinnerung, daß dafür in jahrhundertelanger, aufbauender Arbeit niemand so viel getan hat wie die Deutschen des Landes. So sprechen heute die Tschechen wieder deutsch, entweder indem sie die schwere Sprache neu lernen oder indem sie sich der wertvollen Kenntnisse neu erinnern, die ihnen das Tor nach Mitteleuropa auf tut. Aber auch die Deutschen Böhmens lernen Tschechisch, um an einem Staatsleben mitbauen zu können, das ihnen, wenn es sich weiter lebensfähig und leistungsstark erweist, Lebensraum, recht und Hoffnung verbürgt, auch wenn sie gute Deutsche bleiben.

Durch den Versailler Frieden ist das Hultschiner Ländchen, bis 1918 bei Oberschlesien und von klarem Willen zur deutschen Kultur besetzt, an die Tschechoslowakei gekommen. Als Grund mußte die in Versailles nicht nachgeprüfte Angabe dienen, es wohnten nur Tschechen dort — die bäuerliche Bevölkerung des Ländchens spricht unter sich eine mährische Mundart. Das hat sie aber nicht gehindert, bei den letzten Wahlen 11 592 deutsche Stimmen abzugeben. Diese Wahlen sind vollzogen nach zehn Jahren einer skrupellosen Herrschaft der Tschechen, nachdem viele Einwohner zu Gefängnis verurteilt waren, weil sie sich nicht zur tschechischen Nationalität bekennen wollten. Sie sind so ausgefallen, obwohl die früheren Geistlichen Zug um Zug durch tschechisch gesinnte landfremde ersetzt werden, obwohl Hultschiner Gemeinden zu Nachbarbezirken geschlagen und dem Bezirk Hultschin entfernte Dörfer zugeteilt worden sind, obwohl die Kinder deutschen Unterricht nur in dem über zwanzig Kilometer entfernten Troppau erhalten können, das zu erreichen ihnen der Fahrplan der staatlichen Eisenbahn auf jede Weise erschwert. 65 % der heutigen Bevölkerung haben trotz all dieser Bedrängnis deutsch gestimmt. Ihnen ist die Zugehörigkeit zur deutschen Kulturgemeinschaft wertvoller als die zur tschechischen Nation, zu der sie innerlich nie gehört haben.¹⁾

Auch im Südslawenstaat haben beide Teile von vornherein erkannt, daß die Frage des Deutschtums im Kern eine Schulfrage ist.²⁾ Hier sind die Deutschen gut zusammengefaßt und glücklich geführt vom Deutschen Kulturbund, der im September 1921 dem Unterrichtsministerium wichtige Maß-

1) Frankfurter Zeitung vom 8. August 1929.

2) H. F. Raindl 1921, Grenzboten

nahmen abgerungen hat, durch die vor allem der Fortbestand der deutschen Mittelschulen gesichert ist. In Werschaß und Neusatz sollen junge Lehrer für den Unterricht in deutscher Sprache und Literatur herangebildet werden, auch für die Methodik des deutschen Sprachunterrichts wird gesorgt. Freilich, wie bedroht das Deutschtum in den an Serbien gefallenen Randgebieten ist, wird daran sichtbar, daß man in solchen Versprechen schon einen Fortschritt sehen muß. Namentlich ist die deutsche Stadt Marburg in ihrer slowenischen Umgebung geradezu ein Opfer des Weltkriegs geworden.¹⁾ Diese größte Stadt der südlichen Steiermark, im grünen Weingelände der Drau nur wenige Stunden vom geschlossenen deutschen Sprachgebiet gelegen, ist von der südslawischen Regierung planmäßig entdeutscht worden. Bis zum Ende des Kriegs hatte die Stadt 22653 deutsche und nur 3828 slowenische Einwohner. Nach ein paar Jahren slowenischer Herrschaft ist die Zahl der Deutschen auf die Hälfte gesunken, dafür zählt man nun 20000 Slowenen. Die Staatsangestellten deutscher Zunge sind verjagt, die Kinder werden in slowenische Schulen gepreßt, wenn auch nur eines der Großeltern einen slawisch klingenden Namen trug. Die deutschen Inschriften sind von den Straßen und sogar aus dem Innern der Häuser verdrängt. Mehr als fünfzig deutsche Vereine sind aufgelöst und ihr Vermögen im Wert von vielen Millionen slowenischen Vereinen zugeleitet worden. Verordnungen zur Linderung der Wohnungsnot werden mißbraucht, um deutsche Mieter, Grundbesitzer und Kaufleute aus ihren Räumen zu drängen und zur Auswanderung zu zwingen. Dafür sind 11000 Slowenen aus Görz (das an Italien gekommen ist) in Marburg und seiner nächsten Umgebung zwangsweise untergebracht. Durch Einschüchterung aller Art bedrängt, haben bei der maßgebenden Volkszählung viele nicht gewagt, sich zum Deutschtum zu bekennen, und das muß wieder zum Vorwand dienen, Deutsch als Verwaltungssprache zu versagen und die verbrieften Minderheitsrechte nicht zu gewähren. Ähnlich liegen die Verhältnisse in den übrigen Städten der Untersteiermark. Wenn es so weitergeht, wird man bald (wie weiter östlich und südlich schon seit Jahrhunderten) nur noch an der Bauweise und einzelnen Namen erkennen können, daß deutsche Kaufleute und Handwerker dies weite Land erstmals der abendländischen Kultur erschlossen haben. Besser steht es weiter westlich.

Kärnten ist ein kleines Land, das die 400000 Menschen auf seinen 950000 Quadratkilometern kärglich ernährt. Aber es ist so wunderschön, daß wir es schon darum lieben, und es ist mit freudigem Willen deutsches Land. Der tapfere Abwehrkampf der Kärntner hat vor elf Jahren die Serben zurückgeworfen: „Bis hieher und nicht weiter kamen die serbischen Reiter“, steht

1) Freiburger Zeitung vom 10. Okt. 1921.

mitten in Welten am Wörther See in einen Stein gehauen. Die Pariser Friedenskonferenz hat daraufhin für das ganze umstrittene Gebiet die Volksabstimmung freigegeben, deren Erfolg nicht zweifelhaft sein konnte. Nur wenig kärntisches Land ist damals ohne Abstimmung an Italien und Südslawien gefallen. Im übrigen ist das Land, wie es eine bemerkenswerte geographische Einheit bildet, durch die Karawanken von der slawischen Welt getrennt, auch staatlich beisammen geblieben, als südöstlicher Vorbau Österreichs. Im Land sind nur 5 % großslowenisch gesinnter Einwohner. Ihnen Minderheitsrechte einzuräumen, ist der Kärntner Landtag jeden Tag bereit. Erschwert wird die Lage durch die Windischen, deren Umgangssprache eine slowenische Mundart ist, die aber in der Schule deutsch gelernt haben, heimatfremd sind und darauf drängen, ihre Kinder in die deutschen Schulen zu schicken. Die slowenische Minderheit fordert, daß nicht der Wille des einzelnen, sondern die häusliche Umgangssprache maßgebend sein solle; die Deutschen Kärntens werden niemals dulden, daß über die Liebe der Windischen zur deutschen Kultur und Volksgemeinschaft, die sie in den Kämpfen vor elf Jahren mit ihrem Blut besiegelt haben, hinweggegangen wird, und so wird die Minderheitsfrage offen bleiben, bis die zähe großslowenische Gruppe ihre unmöglichen Forderungen aufgibt.¹⁾

In Klagenfurt antworten viele Familien auf die slowenischen Herausforderungen damit, daß sie ihre irgendwie slawisch klingenden Familiennamen in deutsche umwandeln.²⁾ Die Forscher der Zukunft werden mit diesen künstlichen Namen ihr Kreuz haben — mögen sie, wenn die Gegenwart daraus einen Gewinn völkischen Bewußtseins und deutscher Gesinnung ziehen kann. Das sind Wellen, die nur die Oberfläche kräuseln. Die sprachliche Grundtatsache bleibt, daß für die Slowenen nach wie vor nur die deutsche Sprache in Betracht kommt. Ohne ihre Kenntnis kann er sich nicht einmal in die eigene Vergangenheit vertiefen, ja die Erforschung seiner eigenen Sprache ist ihm ohne Deutsche unmöglich. Allein durch die deutsche Übersetzungsarbeit sind die Slowenen mit der großen Weltliteratur verknüpft, alle ihre höheren Schulen sind mit deutschen Lehrmitteln gefüllt, und die Slowenen können sie nicht ungenutzt lassen, wenn sie nicht die eigene Zukunft gefährden wollen. Die Stimmen der Vernunft, die sich jetzt sogar schon in Laibacher Blättern vernehmen lassen, dringen zunächst nicht durch, weil auch bei den Südslawen die Schreier noch vom Umsturz her das Heft in Händen haben. Dennoch dämmert die Einsicht, daß den Südslawen, nachdem ihre staatliche Selbständigkeit sichergestellt ist, die deutsche Sprache nicht mehr schaden kann, daß vielmehr die wichtigsten Rücksichten sie darauf

1) Karl Wolfgang Philipp in der Boffischen Zeitung vom 11. Juli 1929. 2) Freundliche Auskunft von Prof. N. Kiegler in Klagenfurt.

hinweisen, sich mit ihren deutschen Nachbarn — auch sprachlich — zu verständigen.

Ist es im Südtiroler Staat eine innere Notwendigkeit, die uns für die Zukunft des dortigen Deutschtums hoffen läßt, so bleibt für Südtirol eine außenpolitische Hoffnung, wenn überhaupt hier noch gehofft werden darf. Italien meinte, die Brennergrenze zu brauchen gegen das habsburgische Österreich. Aus Gründen militärischer Sicherheit meinte es, die 250 000 Tiroler, die zwischen Brenner und Salurn wohnen, sich einverleiben zu müssen. Die weltgeschichtlich gesehen kurze Frist, die seit dem Frieden von Saint Germain vergangen ist, hat den italienischen Staatsmännern eindeutig gezeigt, daß gegenüber dem Kleinstaat, der vom alten Österreich übrig geblieben ist, die Grenzwehr der höchsten Alpenpässe übertriebene Vorsicht bedeutet. Der italienische Stiefel richtet nun einmal seinen Absatz nicht nach Norden. Italien meinte, das Südtiroler Land, das ihm in aller Geschichte niemals gehört hat, für seinen Bevölkerungszuwachs zu brauchen. Die letzte Zählung hat gezeigt, daß der Geburtenüberschuß Italiens zum Stehen gekommen ist, ganz abgesehen davon, daß Tirol kein Land für italienische Siedler ist. Die Viertelmillion Tiroler, die sich gegen vierzig Millionen Italiener behaupten muß, ist in furchtbar ernster Lage. Entscheidend wird sein, ob der italienische Druck lange und gleichmäßig genug anhält, um das Deutschtum Südtirols zu ersticken. Der Staat von heute hat mehr Mittel, seinen Willen durchzusetzen, als der der alten Zeit, und er kommt rascher zum Ziel. Jahre können heute einem bedrohten Volkstum gefährlicher werden als früher Jahrzehnte. Daß das Italien von heute den Willen und die Macht hat, das Deutschtum Südtirols auszulöschen, leidet keinen Zweifel. Am 1. Juli 1929 sind die österreichischen Gesetzbücher abgeschafft worden, am 1. Oktober das zweisprachige Regime Südtirols. Am 1. November ist die letzte deutsche Aufschrift aus dem Bozener Gebiet verschwunden. Jeder Unterricht in der deutschen Sprache, auch der häusliche, ist unter Strafe gestellt. Die Söhne des Landes werden einzeln in die Regimenter des Südens gesteckt und italienisch gedrillt. Eine Hochschule hat das Land nicht, so daß die künftigen Ärzte, Richter, Lehrer und Verwaltungsbeamten ihre Bildung in Bologna usw. holen müssen, soweit ihnen nicht Basel und Zürich offen stehen. Überall aber werden sie streng überwacht. An den weltlichen Führern des Südtiroler Deutschtums ist empörende Gewalt geübt worden. Hausdurchsuchungen, Paßverweigerungen, Verschickungen werden nach Willkür verhängt und unerbitlich vollzogen — alles Auswirkungen einer Politik, die den Riß zwischen Italien und den Ländern deutscher Zunge unbedenklich tiefer zieht. Hinter alledem erhebt sich die Frage, ob dem Italien von morgen die Freundschaft und der Handel mit Deutschland nicht wertvoller sein werden als die Politik von heute. Es ist eine schwache Hoff-

nung, von den ernstesten Gefahren umdroht, aber gestützt auf geschichtliche Erfahrung und die unerschütterliche Haltung der geistlichen Führer des prächtigen Stammes.

Auch in Rumänien steht es ernst um das Deutschtum und seine Sprache.¹⁾ Die 750000 Deutschen Groß-Rumäniens wiederholen das Schicksal ihres Staates, insofern sie aus den Volksteilen in Siebenbürgen, Banat, Bukowina, Bessarabien und Dobrudscha zur neuen Einheit erst zusammenwachsen müssen. Nur die letzte, kleinste Gruppe ist von je rumänisch, die anderen kommen von Österreich, Ungarn und Rußland. Die Einzelgebiete sind in jeder, aber auch jeder Hinsicht verschieden, darum ist die Aufgab der Verschmelzung so schwer. Erstaunlich ist, wie weit die Deutschen Rumäniens in den zehn Jahren ihrer Verbundenheit schon gekommen sind. Die Zusammenfassung im Verband der Deutschen Groß-Rumäniens mit Deutscher Partei und Deutschem Kulturamt konnte nur gelingen, weil die Siebenbürger Sachsen und die Banater Schwaben schon im ungarischen Staat in schwerem Kampf mit dem staatsverwaltenden Volk gestanden hatten und von da Erfahrungen im Kampf um ihr Volkstum mitbrachten, die den Deutschen der Bukowina fehlten. Das alte Österreich kannte keine Unterdrückung irgendwelcher Volksgruppe, und gerade die Bukowina war bis zum Krieg ein Musterland völkischer Duldung gewesen. Vorteil der Deutschen ist hier, daß ihre Sprache zwischen Ukrainern, Rumänen und Juden vermittelt und wiederum, daß sie das Tor nach Mitteleuropa aufstößt. Nur im Besitz der österreichischen Überlieferung fühlt man sich dort als Mitteleuropäer. Die nicht-deutschen Kreise werden dort auch in Zukunft das Deutsche nicht missen wollen. Noch einen kürzeren Weg kann die politische Hoffnung der Deutschen Groß-Rumäniens nehmen. Im Dezember 1918 forderten die Rumänen Siebenbürgens durch die Karlsburger Beschlüsse zum Anschluß an Rumänien auf und versprachen dabei feierlich, für die Freiheit der volkstümlichen Entwicklung der anderen einzutreten: „Jedes Volk soll den Unterricht, die Verwaltung und die Rechtspflege in seiner Sprache durch Männer aus seiner Mitte haben.“ König Ferdinand bestätigte am 27. Dezember 1918 die Karlsburger Beschlüsse, und darauf entschied sich die große Volksversammlung der Sachsen zu Mediasch am 18. Januar 1919 für den Anschluß an Rumänien. Entsprechende Beschlüsse liegen für Banat, Bukowina und Bessarabien dem Anschluß voraus. Wir denken, daß es eine Sache der Ehre ist, gegebene Versprechen zu halten. Wir nehmen an, daß die Rumänen ein Volk von Ehre sind.

Noch an vielen Stellen Europas ist das Deutschtum in seiner Sprache bedroht. Die Deutschen Westungarns sind durch die Scheinabstimmung von

1) Fris König, Das Deutschtum in Rumänien: Sießener Anzeiger vom 21. u. 24. September 1929.

Dedenburg um ihr Selbstbestimmungsrecht gebracht, die Stadt selbst ist den Madjaren zu rascher Entdeutschung ausgeliefert. Die deutschen Siedlungen an der Wolga sind furchtbar mitgenommen erst durch die Kriegswirkungen, dann durch den Bolschewismus, durch Überschwemmungen und Hungersnot. Ihre Archive sind geplündert und zerstreut, so daß die Herkunft der Siedler, die man noch vor kurzem aus den Urkunden genau hätte feststellen können, nun durch mühsame Mundartvergleiche ungefähr ermittelt werden muß.

Im rheinischen besetzten Gebiet macht sich auch innerhalb der Reichsgrenzen fremdes Wesen schmerzlichst breit; noch sind die sprachlichen Folgen, noch ist die unausbleibliche Überfremdung der rheinischen Volkssprache gar nicht abzusehen. In der Nordmark suchen die Dänen die Spuren deutscher Größe zu verwischen und einer Stadt nach der anderen dänisches Gepräge zu geben. Die Sprache der Wissenschaft, die weithin im Norden deutsch war, ist englisch geworden, am vollkommensten in Norwegen. Der Londoner Buchhandel hat den nordischen Büchermarkt erobert, wie der Pariser den brasilianischen, ohne daß sich die Abwehrmaßregeln des deutschen Buchhandels bisher wirksam erwiesen hätten.¹⁾

Wenn wir trotzdem auf das Schicksal der deutschen Sprache vertrauen, so müssen wir die Hoffnung von tiefer her schöpfen als aus dem verworrenen Treiben unserer schweren Gegenwart. Die Geschichte lehrt, daß bei jedem Volk eine große Not immer wieder eine selbstverständliche Folge hat: das Zusammenwachsen des bedrängten Volks zu einem bewußten Ganzen.²⁾ Es scheint den Deutschen schwerer zu fallen als anderen Völkern, die notwendige und eigentlich doch selbstverständliche deutsche Volksgemeinschaft zu finden. In einem aber sollte es für alle Deutschen keinen Zweifel geben: im Willen zur Erhaltung unserer Sprache und Art, die — ganz bescheiden gesagt — durchaus etwas Eigenes und Berechtigtes sind. Der Traum von einer Weltherrschaft des deutschen Geistes ist ausgeträumt. Wiederum kann sich doch gerade jetzt, da ein volles Drittel der Deutschen zu Auslandsdeutschen geworden ist, der deutsche Gedanke nicht erschöpfen mit dem Reich. Er muß uns höher stehen als die zufälligen und vorübergehenden Staats- und Machtgrenzen, er muß mit einem Wort reichen, so weit die deutsche Zunge klingt. Nur durch die bewußte Volksgemeinschaft aller Deutschen der Erde kann sich unser Volk aus Ohnmacht und Niedergang der Gegenwart wieder aufrichten. Diese Gemeinschaft hat aber nur ein einigendes Band, die deutsche Sprache. Sie anerkannt zu sehen, kann jeder Angehörige unseres Volks fordern, ob sich seine Ahnen vor Jahrhunderten als Siedler, Handwerker, Kaufleute draußen niedergelassen haben oder ob sie Bürger der eben erst abgetrennten Gebiete sein

1) Der Auslandsdeutsche 4 (1921) 74. 2) Zum folgenden v. Lindequist, Deutsche Volksgemeinschaft 1921, Leipziger Illustr. Zeitung Bd. 156, Nr. 4046, S. 322.

mögen. Im Rahmen des Rechts der Minderheiten wird den Deutschen draußen die Verbindung mit dem Muttervolk möglich sein, die vor allem eine Gemeinschaft des Geistes und der Kultur wird sein müssen, was nicht ausschließt, daß sie einmal auch äußerlich greifbare Früchte bringt. Durch den Zusammenschluß mit der Volksgemeinschaft draußen wird der Binnendeutsche erst spüren, wieviel Deutsche draußen leben und was für eine Macht wir eigentlich sind. Der deutsche Kaufmann wird merken, daß der Stammesgenosse draußen seinen Waren ein viel besserer Vermittler und Vertreter sein kann als der Fremde. Sehr glücklich hat man die Auslandsdeutschen als Pfeiler für die Brücke bezeichnet, auf der der neue deutsche Warenzug in die Welt hinausrollen wird.

So gilt es zu schaffen und nicht zu verzagen, aus äußerer und innerer Pflicht. Wir bekennen uns zu dem Glauben, daß unser großes Volk und seine Sprache im letzten Grund unüberwindlich sind. Wir tun es mit den Worten, mit denen sich Gerhart Hauptmann am 13. November 1921 in der Wiener Hochschule zum Deutschtum einer neuen Zukunft bekannt hat: Wenn wir von Deutschlands Wiedergeburt sprechen, so können wir nicht Deutschland eng vom staatlichen Gesichtspunkt betrachten, sondern von dem der gemeinsamen Muttersprache aus. Nur auf dem Wege der Läuterung und Erinnerung kann sich diese Wiedergeburt vollziehen. Mit Leidenschaft wollen wir uns als Deutsche bekennen in unverrückbarem Glauben an den neuen Aufstieg unseres Landes, das nur äußerlich besiegt, aber innerlich nicht erniedrigt ist. Nicht nur weiterleben wird Deutschland, es wird auch blühen und reich sein. Ja, es ist schon reich durch die Treue, mit der bei den Abstimmungen gefährdete Volksteile sich zu ihm bekannt haben, durch die Entschlossenheit, mit der Österreich am Gedanken des Anschlusses festhält. So hat Deutschland im Schutt des Weltbrands seine beste Perle wiedergefunden: sein innerstes, unzerstörbares Wesen.